

südostschweiz

Schweiz am Wochenende

Ungeduldig? 

suedostschweiz.ch/
abendausgabe



Samstag, 9. Januar 2021

AZ 8750 Glarus | Nr. 6 | Redaktion 055 645 28 28 | E-Mail glarus@suedostschweiz.ch | Abo 0844 226 226 | Inserate 055 645 38 88 | Fr. 3.70 suedostschweiz.ch

Politik in den Gemeinden: Auslosen statt wählen

Im Ausland kennt man sie bereits, in der Schweiz sind ausgeloste Bürgerräte noch etwas Ungewohntes.

Daniel Fischli

Die tiefe Beteiligung an den Gemeindeversammlungen der drei Glarner Fusionsgemeinden gibt zu reden. In der Regel nehmen keine zehn Prozent der Stimmberechtigten teil. In Glarus Nord sind inzwischen Anträge der SVP und der GLP hängig, die deswegen die Wiedereinführung des Gemeindeparlaments vorschlagen. Dadurch sollen die Gemeindeversammlungen von Neben-

sächlichem entlastet und so wieder attraktiver werden.

Der Berner Politologe und Gemeindeforscher Marc Bühlmann befürchtet dagegen, die blosser Einführung eines gewählten Parlaments könnte sogar kontraproduktiv sein. Denn es könne für die Stimmberechtigten auch zum Alibi werden und so die Beteiligung sogar noch weiter sinken lassen.

Im Interview aus Anlass des Zehnjähr-Jubiläums der Glarner Gemeinde-

strukturreform macht Bühlmann einen für die Schweiz ungewohnten Vorschlag: Die Mitglieder von Gemeindeparlamenten könnten statt gewählt auch ausgelost werden. Damit könnten Menschen für die Politik gewonnen werden, die sich sonst nicht dafür interessieren würden.

Die Ebene der Dörfer stärken

In der Schweiz sind ausgeloste Bürgerräte noch kaum bekannt, im Ausland

hat man aber positive Erfahrungen damit gemacht. Das bekannteste Beispiel ist die irische Versammlung, die die Abtreibungsgesetzgebung reformiert hat.

Marc Bühlmann schlägt vor, dass in den Glarner Gemeinden Bürgerräte auf Dorfebene eingerichtet werden. Damit könnte auch die Distanz zwischen Bürgern und Politik verringert werden. Denn die Glarner Fusionsgemeinden hätten eine problematische Grösse, so Bühlmann. Seiten 2 und 3

Donald Trumps letzte Tage
Protest, Chaos, Eitelkeit: Alles zum Machtwechsel in den USA. **Schwerpunkt**



Bild: Keystone

Ewiger Bundesliga-Rekord wackelt
Christian Gross kann heute mit Schalke den Bundesliga-Negativrekord von Tasmania Berlin einstellen. **Sport**

Wie wir in Zukunft einkaufen
Der Onlinehandel boomt während der Coronakrise. Geht der Trend nach der Pandemie weiter?
Bund «wochenende»

Informationen zum Glarner Impfstart

Corona-Impfung Ab Montag können sich alle Glarnerinnen und Glarner online für die Impfung gegen das Coronavirus anmelden. Am Mittwoch öffnet dann auch das kantonale Impfzentrum in Ennenda. Wer nicht zu einer Risikogruppe oder einer andern der priorisierten Gruppen gehört, muss sich allerdings noch etwas gedulden, bis er an die Reihe kommt. Wie der Kanton gestern mitgeteilt hat, stehen vorderhand Dosen für 1950 Personen zur Verfügung. Der Kanton hat gestern über die wichtigsten Fragen zur Impfkampagne informiert. (df) Seite 7

Ein Leben für den Eishockeysport

Eishockey Legenden im Sport gibt es zahlreiche, in unterschiedlichen Sportarten, in verschiedenen Chargen. Ihren Ruf haben sie sich durch ihre Leistungen und Klubtreue geschaffen. Eine solche Legende, die einen nennen es auch Ikone, ist Fritz Bhend von den Rapperswil-Jona Lakers. Der mittlerweile 69-Jährige spielte während 18 Jahren im Fanionteam des SCRJ und war danach noch 25 Jahre lang als Funktionär für den Klub tätig. Ein Höhepunkt in seiner Laufbahn war der Aufstieg des SCRJ in die Nationalliga 1994. Auch heute noch ist Bhend hockeyinteressiert und an jedem Heimspiel dabei. (red.) Seite 35

Ein zweites Leben für Kleider



«Wir lieben beide die Mode und getrauen uns, das zu leben», sagt Annette Streuli. Mit ihrer Schwester Eva Gallati betreibt sie in Glarus einen Secondhandladen für Kleider. Dort verkaufen sie aber nicht nur Kleider. **Seite 10**

Bild: Sasi Subramaniam

Wetter heute

Kanton Glarus



-6° / -1°
Seite 17

Inhalt

Stellen	11	Todesanzeigen	19
Wetter / Börse	17	TV-Programm	w14
Kirchl. Anzeigen	18	Denksport	w16



INSERAT



Faszinierend – EXPO DUBAI 2020

Datum 14. bis 20. November 2021
Preis mit ABOPLUS: ab CHF 1990.–
ohne ABOPLUS: ab CHF 2190.–

Anmeldeschluss: 3. Oktober 2021

Weitere Angebote und Infos zu Ihrer digitalen ABOPLUS-Karte unter aboplus.somedia.ch.

CHF 200.–
Vergünstigung

VOM BRIEFING

BIS ZUR

ERFOLGSKONTROLLE

somedia-promotion.ch

«Das Versprechen der Demokratie ist, dass man zusammensitzt»

Gemeindeforscher Marc Bühlmann zieht eine kritische Bilanz der Glarner Gemeindestrukturreform.

Interview: Daniel Fischli

Herr Bühlmann, in den drei Glarner Fusionsgemeinden liegt die Beteiligung an den Gemeindeversammlungen noch bei ein paar wenigen Prozent. Hätte man das kommen sehen können?

Marc Bühlmann: Man stellt schon länger fest, dass sich die Leute generell je länger je weniger in den klassischen Kanälen politisch engagieren. Und von Fusionsgemeinden weiss man, dass die Partizipation in der Regel zurückgeht. Weshalb das so ist, kann man nur vermuten. Ein Grund könnte sein, dass der direkte Kontakt zu den Politikern verloren geht, je grösser die Gemeinde ist, je weiter weg die Verwaltung und der Gemeinderat sind. Wo sind Sie zu Hause?

In Näfels.

Die Gemeinde Näfels hatte etwa 4000 Einwohner. Das ist eine kritische Grösse, da fängt es an, dass man den Kontakt mit der Politik verliert. Ich wohne seit gut zehn Jahren in einer Gemeinde mit 1500 Einwohnern und ich kenne alle Gemeinderäte und bin mit fast allen per Du. Wenn ich ein Problem hätte, könnte ich das Telefon nehmen und einem Gemeinderat anrufen. Das ist nicht mehr möglich, wenn man in einer Stadt lebt, ausser man kennt gerade per Zufall jemanden, der im Stadtparlament sitzt.

Wenn man eine Politikerin oder einen Politiker persönlich kennt, ist man also selber stärker involviert und engagiert sich mehr.

Es ist sicher einfacher. Einer unserer Gemeinderäte ist auch mein Garagist und mein Versicherungsvertreter. Wenn er in der Zeitung kommt, interessiert es mich, was er sagt. Nun ist es aber nicht so, dass das Interesse mit der Grösse der Gemeinde immer mehr nur abnimmt.

Marc Bühlmann



Marc Bühlmann ist 1971 geboren und in Oberurnen und Uznach aufgewachsen. Nach drei Jahren Arbeit als Primarlehrer hat er Politikwissenschaft, Philosophie und Soziologie studiert und in Bern und Zürich gelehrt. Seit 2016 ist er Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Forschungsschwerpunkte von Marc Bühlmann sind Demokratietheorie und Demokratiebewertung, Partizipationsverhalten, Schweizer Politik und direkte Demokratie. (df)

In einer Stadt wie Bern passiert viel und es wird in den Medien auch darüber berichtet. Dann steigt das Interesse wieder. Ganz klein ist gut und ganz gross ist auch wieder gut, um das Interesse an der Politik zu wecken. Dazwischen ist es schwierig und die Glarner Gemeinden liegen in diesem schwierigen Bereich.



Glarus hat nicht nur grosse Gemeinden geschaffen, sondern das auch noch sehr schnell.

Glarus ist ein Extrembeispiel für eine Fusion. Fusionen sind sonst sehr lange Prozesse, die in der Regel mehrmals scheitern, bevor sie klappen. Es braucht Zeit, bis sich die Bevölkerung findet, denn im ersten Moment besteht ein Abwehrreflex: «Ich bin Oberurner, Sie sind Näfeler.» Nicht: «Wir sind Glarus Nord.» Das Argument für Fusionen ist immer, dass man sparen könne. Aber die Leute entscheiden mit dem Bauch und wollen ihre Gemeinde behalten. Und im Kanton Glarus hat man den Menschen wohl zu wenig Zeit gegeben, mit diesen Emotionen umzugehen. Die Landsgemeinde hat beschlossen, dass es auf einen Schlag nur noch drei Gemeinden geben soll. Verwaltungstechnisch ist das kein Problem, man kann das regeln. Aber für die Menschen ist das viel zu schnell gegangen. Für die Verbundenheit und das politische Engagement, das eben auch von dieser Verbundenheit abhängt, war das wohl eher schlecht.

Kann man das nachträglich ausbügeln?

Es ist auch in der Politik so, dass die Zeit Wunden heilt. Aber dafür braucht es vielleicht eine ganze Generation. Und es gibt noch einen zweiten wichtigen Punkt neben der persönlichen Verbundenheit mit der Gemeinde: Betroffenheit ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für politisches Engagement. Irgendetwas stört mich und in der Regel ist das sehr lokal. Natürlich stört mich der Klimawandel, aber noch mehr stört mich zum Beispiel, dass die Gemeinde bei mir eine Mauer bauen will. Dann rede ich mit meinen Nachbarn und dann geht es los. Es zeichnet die Schweiz aus, dass es dann auch losgehen darf, und zwar nicht so, dass man durch die Strassen ziehen und etwas kaputt machen muss, sondern dass man Unterschriften sammeln kann. Je nach Ausgestaltung der direktdemokratischen Mittel braucht es vielleicht sogar nur meine eigene Unterschrift für einen Antrag. Je lokaler ich nun diese Betroffenheit organisieren kann, desto motivierender ist es. Aber wenn ich mein Anliegen in eine Grossgemeinde bringen muss und ich nicht einmal genau weiss,

wer der Ansprechpartner ist, wird es schwierig. Ich rufe auf der Verwaltung an und werde vielleicht von A nach B und nach C weiterverwiesen. Dann resigniere ich und denke: «Dann baut halt diese Mauer.» Aus der Perspektive der Verwaltung sind zentralisierte Strukturen praktisch, aber dadurch geht der lokale Bezug verloren.

Dann ist die tiefe Beteiligung an den Gemeindeversammlungen gar nicht das eigentliche Problem.

Es ist durchaus in Ordnung, wenn die Leute nicht an eine Gemeindeversammlung gehen, an der zum Beispiel über das Budget abgestimmt wird. Da kann man sowieso nicht viel ändern. Aber die Leute gehen hin, wenn das Schulhaus, in das ihre Kinder gehen, geschlossen werden soll. Damit ich mich engagiere, muss ich betroffen sein und im Übrigen habe ich das Vertrauen, dass der Gemeinderat seine Sache schon gut macht. Natürlich gibt es auch diejenigen Leute, die sich sagen, dass die Politiker sowieso machen, was sie wollen. Das ist nicht gut, aber man müsste sich noch genauer ansehen, wie gross der Anteil dieser Leute in den Glarner Gemeinden tatsächlich ist. In der Schweiz dürfte der Anteil Politikverdrossener relativ gering sein.

Es ist für Sie kein Alarmzeichen, wenn noch fünf Prozent der Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung das Budget beschliessen?

Die Untersuchungen von Hans-Peter Schaub zur Glarner Landsgemeinde haben gezeigt, dass auch dort wohl kaum zehn Prozent der Stimmberechtigten teilnehmen. Das finde ich ein Problem. Man muss sich aber überlegen, was man will: Will man eine qualitative oder eine quantitative Partizipation? Qualitative Partizipation heisst, dass die Leute mitmachen, weil sie betroffen sind. Sie wollen an einer Versammlung Argumente austauschen und hören, was die andern meinen. Das hat eine ganz andere Qualität, als wenn man an die Urne geht und mehr oder weniger aufgrund der Informationen aus der eigenen Bubble abstimmt und dabei nur ja oder nein sagen kann. Auf diese Weise nehmen aber

mehr Menschen teil. Fünf Prozent der Stimmberechtigten tönt nach wenig, aber gefährlich für eine Demokratie wird es erst dann, wenn die andern 95 Prozent nicht hingehen, weil sie irgendwie ausgeschlossen werden oder weil sie sich nicht trauen.

Sie sagten vorher, die Zeit heile Wunden und die Identifikation mit der Gemeinde könne wachsen. Kann ein Gemeinderat einen solchen Prozess fördern?

Er kann versuchen, Instrumente einzuführen, um die Beteiligung zu fördern: Vernehmlassungen, Versammlungen, Konferenzen, Mitwirkungsverfahren. Aber das ist immer mit der Gefahr verbunden, dass diese Instrumente vor allem diejenigen nutzen, die sowieso schon motiviert sind. Und die andern werden noch mehr abgeschreckt. Eigentlich müsste ein Gemeinderat ein Interesse daran haben, zu erfahren, was die Leute denken, sonst provoziert er Widerstand. Das Versprechen der Demokratie ist, dass man zusammensitzt und eine Sache aus verschiedenen Perspektiven anschaut und so weiterkommt. Dieses Potenzial wird viel zu wenig ausgeschöpft. Man müsste umdenken und nicht erst ein fertiges Geschäft vorlegen, sondern die Leute schon in den Prozess der Entwicklung des Geschäftes einbinden. So könnte man auch die Beziehung der Menschen mit ihrer Gemeinde fördern.

Und wie kann das gehen?

Wenn die Teilnahme an einer Veranstaltung offen ist, kommen nur die sowieso schon Engagierten. In verschiedenen Ländern auf der ganzen Welt wird deshalb mit Bürgerräten experimentiert, bei denen die Teilnehmer ausgelost werden. In der Schweiz findet das noch kaum statt; wir denken, mit der direkten Demokratie sei das Thema bereits erledigt. Ich durfte einen Bürgerrat in Leipzig besuchen und war am Anfang skeptisch, ob da nicht einfach unterschiedliche Ansichten aufeinanderprallen. Es war dann eindrucklich zu sehen, wie Leute aus allen Gesellschaftsschichten, die Ärztin und der Maurer, wirklich miteinander diskutiert haben. Fast automatisch ist ein Gemeinschaftsgefühl und eine grosse gegenseitige Rücksichtnahme entstanden. Politiker können das nur, wenn es nicht um Politik geht, sonst haben sie immer das Gefühl, sie müssten sich gegenseitig Dinge an den Kopf werfen. Als normale Bürgerinnen und Bürger müssen wir aber kein Theater spielen und können versuchen, eine gemeinsame Lösung zu finden. In den Teilnehmenden in Leipzig ist etwas vorgegangen, das wahrscheinlich nachhaltig ist. Sie haben gemerkt, dass ihre Meinung ernst genommen wird.

Was sind die Voraussetzungen, dass ein solcher Bürgerrat gelingt?

Es braucht Zeit und Geld. Die Leute in



Leipzig sind bezahlt worden, nicht hoch, aber immerhin. Und die Veranstaltung muss etwas bewirken: Es kann nicht sein, dass man zusammensitzt, redet und eine gute Lösung findet, aber am Schluss die Verwaltung findet, das gehe so nicht.

Und die Auslosung ist wesentlich, sonst kommen nur diejenigen, die ein bestimmtes Interesse vertreten.

Genau, sonst hat man einfach wieder Politik auf einer tieferen Ebene. Ein bekanntes Beispiel für einen Bürgerrat ist derjenige, der in Irland über das Abtreibungsrecht diskutiert hat. Die Fronten waren am Anfang verhärtet, aber am Schluss waren alle stolz auf eine gemeinsame Lösung. Ein anderes Beispiel im ganz Kleinen: In meiner Gemeinde werden die Mitglieder des Wahlbüros ausgelost. An einem Abstimmungssonntag bin auch ich ausgelost worden und ausser mir und dem Präsidenten waren noch vier Personen da, die mit Politik nichts am Hut hatten. Man hat ihnen angesehen, dass es ihnen gestunken hat, dass sie den Sonntag opfern mussten. Dann kamen aber ganz viele Fragen und plötzlich hat man angefangen über Politik zu diskutieren. Die Leute sind mit dem Bewusstsein nach Hause gegangen, dass sie etwas Wichtiges gemacht haben. Der Appetit kommt mit dem Essen.

Könnte man ein Gemeindeparlament per Los besetzen?

Weshalb nicht? Zwei Gründe würden dafür sprechen: Es entsteht keine Machtkonzentration und es werden mehr Leute integriert. In den Glarner Gemeinden einfach ein gewähltes Parlament einzusetzen, würde die politische Partizipation wohl nicht verbessern. Denn ein Parlament kann auch zum Alibi werden: Ich muss nicht einmal mehr an Gemeindeversammlungen gehen, die machen das schon richtig.

Braucht es in der Schweiz mehr politische Bildung in den Schulen?

Ja, aber nicht in dem Sinn, dass die Schüler lernen, dass es für eine Initiative 100 000 Unterschriften braucht. Sondern es müsste darum gehen, herauszu-



Magere Beteiligung: An den Gemeindeversammlungen der Glarner Fusionsgemeinden nehmen nur wenige Stimmbürger teil. Bild: Sasi Subramaniam

finden, wie man als Gemeinschaft in der Klasse oder im Schulhaus Lösungen für konkrete Fragen findet, hinter denen alle stehen können. Und darum, das Verständnis dafür zu schaffen, dass solche Lösungen nie endgültig sind, sondern immer wieder neu diskutiert werden dürfen. Von einer solchen politischen Kultur in den Schulen sind wir noch extrem weit entfernt. Als ich Primarlehrer war, haben einmal zwei Schülerinnen gewünscht, dass man im Schulzimmer Kaugummi kauen darf. Meine erste Reaktion war: Nein, die Schulordnung erlaubt das nicht. Dann habe ich mich gefragt, weshalb die Schulordnung gelten soll, wenn doch weder meine Schüler noch ich sie unterschrieben haben. Wir haben dann in der Klasse darüber diskutiert und Bedingungen formuliert: Der Kaugummi ist zuckerfrei und er darf nicht unters Pult geklebt werden. Nach einer Probephase haben wir diese Regeln bei uns in der Klasse eingeführt, was natürlich zu Ärger im Lehrerzimmer geführt hat.

Für das Lehrerzimmer und für den Gemeinderat ist es doch eigentlich auch ganz bequem, wenn sich die Schüler und Bürger nicht einmischen. Ja, wenn man einen Bürgerrat einführt, muss man Macht abgeben. Dafür sind die Entscheide legitimer, weil viele Leute dahinter stehen. Und speziell am Kanton Glarus ist doch, dass sich die Politiker durch die Landsgemeinde schon

«Wenn man einen Bürgerrat einführt, muss man Macht abgeben. Dafür sind die Entscheide legitimer.»

gewohnt sind, die Anträge der Bürger ernst zu nehmen.

Könnte man einen Bürgerrat, der vielleicht sogar über ein Budget verfügen kann, auch auf der Ebene der Dörfer einführen?

Das wäre wahrscheinlich sogar sinnvoll. So könnte man die Distanz zwischen den Leuten und der Politik verringern. Man könnte die Leute dort abholen, wo sie in ihren gewachsenen Gesellschaften direkt betroffen sind.

Es gibt – auch in der Schweiz – viele Versuche, die Partizipation über das Internet zu fördern. Und dann merkt man, dass man für das Unterschriftensammeln halt doch auf die Strasse stehen und die Leute direkt ansprechen muss.

Vielleicht bin ich etwas nostalgisch, aber ich bin froh, dass das Unterschriftensammeln online nicht funktioniert. Denn in der Demokratie geht es darum, dass man miteinander spricht. Viele Leute wollen nicht einen Unterschriftenbogen ausdrucken, unterschreiben und einschicken, sondern mündlich erklärt bekommen, worum es geht. Andererseits bietet das Internet die Möglichkeit, alle einzuladen, etwas zu einem bestimmten Thema beizutragen. An der Gemeindeversammlung geht das nicht, in die Turnhalle passen jetzt halt einmal nur 1000 Leute.

Wenn Sie noch im Kanton Glarus leben würden: Wie würden Sie sich politisch beteiligen?

Wenn ich in Oberurnen Primarlehrer wäre, würde ich versuchen, mein Kaugummi-Experiment grösser aufzuziehen. Und ich würde versuchen, die Individualisierung so weit zu führen, dass die Schülerinnen und Schüler sagen können, was sie lernen möchten. Die Demokratisierung der Ausbildung. Ein Politiker bin ich aber eher nicht, ich lasse mich zu schnell von Andern überzeugen, dass meine Sicht der Dinge vielleicht doch gar nicht so wahnsinnig gut ist. Ich würde also kaum in ein Amt gewählt, ausser alle meine erwachsenen Schülerinnen und Schüler hätten meinen Unterricht cool gefunden.

Kommentar

Der Zufall kann eine Demokratie stärken

In der Armee gibt es ein spannendes Vorgehen, wenn es darum geht, Kaderpositionen zu besetzen. Man kategorisiert die Kandidaten dafür nach «Können» und «Wollen»: Im Idealfall will ein Kandidat eine Kaderfunktion übernehmen und kann das auch. Manchmal will er auch, kann es aber nicht. Der weitaus häufigste Fall dürfte aber sein, dass ein Armeeingehöriger zwar eine neue Aufgabe übernehmen könnte, das aber gar nicht will. Ein wesentlicher Teil der Kaderrekrutierung der Armee besteht darum darin, fähige Leute zum «Wollen» zu bewegen.

In der Politik funktioniert die Rekrutierung etwas anders: Wer das «Wollen» nicht hat, der kommt auch nicht in die Kränze für ein politisches Amt. Das ist nicht etwa ein Fehler unseres demokratischen Systems. Es ist auch nicht einfach ein Zufall. Vielmehr steckt hinter diesem Unterschied eine tief in der Gesellschaft verankerte Vorstellung: Wir erwarten von Mitgliedern unseres Gemeinwesens nicht nur, dass sie sich für die Gesellschaft einsetzen, sondern wir gehen auch davon aus, dass sie das in irgendeiner Form können.

Die Demokratie hat zwar so ihre Tücken, daran teilnehmen kann unserer Meinung nach aber jeder: eine Meinung haben und diese vertreten. Das gilt für den Politiker genauso wie für den einfachen Stimmbürger – in der Theorie.

In der Praxis kann man natürlich nicht mehr einfach so Politiker werden. Zu komplex sind die Geschäfte geworden, zu zeitintensiv die Beratungen

und zu wenig attraktiv die Bezahlung. Das hat dazu geführt, dass Politiker heute nicht mehr nur «wollen» müssen, sondern auch «können». Oder anders formuliert: Die Politik hat sich nach und nach zu einer Spezialdisziplin entwickelt, die es nicht mehr allen ermöglicht, sich zu beteiligen.

Nun ist es aber so, dass eine Demokratie, bei der nur noch ein geringer Teil der Bürger mitmachen «will» oder «kann», nicht unser Verständnis dieser Staatsform ist. Politologe Marc Bühlmann schlägt für die drei Glarner Gemeinden Bürgerräte vor, mit denen die Politikverdrossenheit gesenkt und vor allem die Partizipation vergrössert werden sollen. Das Interessante daran ist, dass diese Räte nicht gewählt werden sollen. Sie sollen per Los bestimmt werden.

Das weckt bei mir die Erinnerung an die Schulzeit: Im Glarner Heimatbuch aus dem Jahr 1992 gibt es eine Abbildung mit hölzernen Kugeln. Diese Kugellose dienten im 17. Jahrhundert in verschiedenen Varianten dazu, Glarner Ämter zu besetzen. In meiner Erinnerung waren diese Kugellose ein Beispiel dafür, dass sich die Demokratie auch im Glarnerland entwickeln musste. Und dass zum Glück diese Zeiten schon lange vorbei sind. Ein erneuter Blick ins Heimatbuch bestätigt übrigens, dass dieser Eindruck nicht von ungefähr kommt. «Staatliches Glücksspiel» wird das Verteilen der Ämter per Los im Buch genannt.

Diese Ansicht ist falsch: Das Verlosen der Ämter ist im 17. Jahrhundert entstanden, um einen Missstand zu beheben: Zuvor hatte es sich einge-

bürgert, dass die Ämter verkauft wurden. Entschädigt wurde der politische Dienst nicht – und die meisten Leute konnten es sich nicht leisten, freiwillig Gratisarbeit zu verrichten. Das ist natürlich eine stark vereinfachte Sicht. Und natürlich hatten die Kugellose auch Nachteile. Fakt ist aber: Diese Kugellose sind der Ausdruck dafür, dass Politik grundsätzlich für jeden Bürger und nicht nur für Spezialisten möglich sein soll.

Nicht immer kann man die gleiche Lösung für das gleiche Problem anwenden, wenn zeitlich mehrere Hundert Jahre zwischen den Ereignissen liegen. Im Fall der politischen Partizipation scheint es mir einen Versuch wert zu sein, wieder ein Losverfahren einzuführen. Nicht um unser aktuelles politisches System komplett umzustürzen, sondern um die Politik wieder zu dem zu machen, was sie sein sollte: Ein Ort, um die Probleme einer Gesellschaft zu besprechen und Lösungen zu finden, mit denen alle leben können.

Was ich damit sagen will: Alle Glarner Stimmbürger «können» Politik. Und mit einem Losverfahren könnte man sie motivieren, das auch zu «wollen». Wie in der Armee gibt es dabei nämlich auch viel zu gewinnen: die Möglichkeit, die eigene Umwelt ganz direkt zu entwickeln.



Sebastian Dürst
Redaktionsleiter